

Ein Konjunkturprogramm für die EU

Nr. 05.2020

23.04.2020

Im Vorfeld der heute stattfindenden wichtigen EU-Ratssitzung betonte eine hochrangige **französische Quelle** gestern: „Wir sind keineswegs aus der Gesundheitskrise heraus.“ Sie fügte mit Blick auf die schwierigen Verhandlungen hinzu: „Wir brauchen einen Unterstützungsbetrag, der zehn Prozent des BIP der EU entspricht. Das ist die Quote, die Deutschland auf den Tisch gelegt hat, um seine Wirtschaft zu stützen. Für die EU würde sich der Gesamtbetrag dann auf rund 1,5 Billionen Euro belaufen“.

Auch **Portugals Ministerpräsident António Costa** sagte am Mittwoch in Lissabon, seine Regierung müsse so schnell wie möglich wissen, ob das Konjunkturprogramm der EU in seiner Größenordnung „eher eine Steinschleuder oder eine Bazooka“ sein werde. Ein **EU-Diplomat** indes betonte, die größte Frage sei seiner Ansicht nach vielmehr, wie das Geld an die Mitgliedstaaten verteilt werden soll – in Form von langfristigen Darlehen, direkten Beihilfen, oder einer Kombination aus beidem. Dazu betonte Ministerpräsident Costa in dieser Hinsicht, dass ein Teil der Mittel aus der **Ausgabe gemeinsamer europäischer Schuldverschreibungen** stammen sollte. Seiner Meinung nach sollte die Geldvergabe selbst „durch den Transfer von Zuschüssen und nicht durch Darlehen gesichert werden, obwohl wir nicht ausschließen können und auch nicht ausschließen sollten, dass für einige Programme Darlehen die geeignete Form sein könnten.“

Die französische Quelle sprach sich derweil ebenfalls für die Idee aus, dass die EU ihre Mittel aufstockt, kritisierte aber: „Weil es jetzt dringend ist, werden wir uns wohl darauf einigen können, dass die 27 [EU-Staaten] gemeinsam Schulden machen. Aber wenn es um eine Entscheidung zur **CO2-Steuer oder zur Finanztransaktionssteuer** geht, werden die Dinge wieder kompliziert.“



Derweil scheint sich Europas Süden vor allem „**Flexibilität**“ im **EU-Haushalt** zu wünschen, wenn es um Geldtransfers geht.

Außerdem müsse der **Binnenmarkt** wieder geöffnet werden, sodass nicht nur der Waren-, sondern auch der **freie Personenverkehr** garantiert wird. Das ist vor allem für die südeuropäischen Feriengebiete und ihr Sommergeschäft überaus wichtig.

Die wichtigsten Tagesordnungspunkte für die heutige Videokonferenz finden [unter diesem Link](#).

In diesem Zusammenhang schrieb uns **Rudolf Godesar**: „Ich schicke Euch im Anhang einen Text, den ich zu Corona geschrieben habe, weil ich in ganz Europa feststellen kann, dass immer mehr Menschen das jetzige System kritisieren und etwas anderes möchten. Die meisten aber beschimpfen nur die Politiker ihres Landes

und sehen nicht, dass das Problem ein globales ist, einzelne Staaten den Multinationalen nicht mehr die Stirne bieten können und sie selber durch ihr Konsumverhalten auch mit Verantwortung tragen. Ich hoffe, dass der Text dazu beitragen kann, all diese Energien positiver zu nutzen. Ein Jeder ist Teil der Lösung.

Ich habe versucht ihn so kurz wie möglich zu halten und klar wie möglich die Zusammenhänge und Lösungen darzustellen und zu erklären, dass ein jeder Teil der Lösung ist.

Rudolf Godesar ist ein guter Bekannter und Freund des Europaverains GPB e.V. seit Anfang der 1990er Jahre. Wir haben ihn als engagierten, Verantwortung tragenden Gewerkschaftler in Ostbelgien und darüber hinaus in der Wallonie/B. kennen und schätzen gelernt. Seit 2000 gehört er der Euregio-Maas-Rhein an. Dort leitet er den Bereich Kultur und Gesundheit.

Hier seine Gedanken und Standpunkt:

Gedanken zur Corona-Krise, Heuschreckenkonsum, der Ausbeutung der Menschen und der Erde.

Die Süd- und Ost-Erweiterung Europas wurde vorangetrieben, ohne die neuen Länder auf das Wirtschafts- Sozial- und Steuerniveau der Gründungsländer zu heben. Hierfür wären mehr Zeit und starke Finanzhilfen nötig gewesen. Aber Wirtschaft und Politik wollten schnelle Gewinne. So führte die Erweiterung nicht zu einem einheitlichen Europa sondern zu EU-Staaten, die durch Lohn- Sozial- und Umweltdumping konkurrieren. Dies sehr zur Freude Chinas, der USA und Russlands.

Zeitgleich wurde die Globalisierung durch Freihandelsabkommen wie EPA mit den ehemaligen europäischen Kolonien in Afrika, der Karibik und im Südpazifik oder neuerdings CETA mit Kanada angeheizt und schaffte die Welthandelsorganisation die Schutzzölle für die Textilindustrie ab. Fast der gesamte Textilsektor wanderte in Länder ab mit niedrigem Lohn- und Sozialschutz wie China oder Bangladesch.

Durch die Globalisierung sind Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen und Billiglohnländer bauen keine Sozialsysteme und Umweltschutz auf. Wie abhängig wir aber von diesen geworden sind, zeigt das Beispiel der fehlenden Atemmasken.

Um neue Arbeitsplätze zu schaffen und Unternehmen zu halten, macht jeder europäische Staat den Unternehmen Geschenke, lockert Umweltbedingungen, erlässt Ertragssteuern und Sozialabgaben. Das Personal der Steuerfahndung wird oft reduziert und die Steuerflucht quasi staatlich organisiert. Von Steuergeld und Sozialabgaben werden aber Spitäler, Pensionen, Arbeitslosengeld, Verwaltung, Verteidigung, Straßen, Flughäfen, Schulen und Unis und nicht zuletzt in Zukunft auch verstärkt der notwendige Umweltschutz finanziert. Um die verminderten Einnahmen aufzufangen wird die Bevölkerung erhöht versteuert und in allen Bereichen Sparmaßnahmen ergriffen.

Wen wundert's, dass die Justiz mangels Mittel Straftäter wieder laufen lässt, Forscher abwandern, Autobahnen nicht gewartet werden und Brücken einstürzen, viele Löhne und Pensionen zum Überleben nicht mehr reichen und durch die globale Mobilität sich weltweit neue Krankheiten immer häufiger und in Windeseile ausbreiten und unser Gesundheitswesen in der Krise kollabiert?

Hohe Sozial- und Umweltstandards bei gleichzeitig korrekten Löhnen und Pensionen können einzelne Staaten nicht leisten. Mit 446 Millionen Einwohner ist der Markt der EU aber groß genug um autonom in der Produktion der meisten Güter zu sein. Wenn wir wollen, können wir von fossilen Energien unabhängig werden und fast alles was wir brauchen selber herstellen. Dafür müssen wir zum Schutz unserer Landwirtschaft und Industrie Importprodukte aus Billiglohnländern mit einer Fair Trade- und Umweltsteuer belegen. Landwirtschaftssubventionen müssen von industriellen Massen- und Überschussproduktion zur lokalen, biologischen umorientiert werden, die Produktion von Wegwerfgütern auf nachhaltige, reparierbare Güter umgestellt werden. Wir müssen lernen lokal und nachhaltig zu konsumieren, uns vom Diktat der Werbung befreien und nicht jedes Jahr komplett neue Kleider haben wollen oder für einen Kurzurlaub um den halben Globus fliege, dafür aber allen ein korrektes Auskommen garantieren.



Geschäftsstelle: Franzstr. 24 * 52249 Eschweiler

info@gpb-europaverein.de * Phone +49 2403 36106 www.gpb-europaverein.de

Kurz: Wir brauchen ein Umdenken unseres eigenen Konsumverhaltens und mehr Europa, mit einer einheitlichen Sozial-, Steuer- und Umweltpolitik und sicher auch Verteidigung. Ein Europa, das uns vor dem globalen Wettlauf in den Abgrund schützt und den Rest der Welt zum Nachahmen motiviert: Wer in Europa seine Güter oder Dienstleistungen anbieten will, muss sich zukünftig unseren hohen Sozial- und Umweltstandards anpassen und mithin auch seiner eignen Bevölkerung garantieren.

Das müssen wir von uns selbst und von unseren Politikern fordern!



Geschäftsstelle: Franzstr. 24 * 52249 Eschweiler
info@gpb-europaverein.de * Phone +49 2403 36106 www.gpb-europaverein.de